Vermerke der bewilligenden Stelle: Eingangsdatum Az/Registrierung

Antrag

Änderung

Landesprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben

**Kurzbezeichnung** des Beschäftigungsprojektes

I. Daten zum Antragstellenden



Name des Antragstellenden



Rechtsform

*Kontaktdaten*

 

Straße Haus-Nr.

 

PLZ Ort

 

Name (Vertretung nach Außen) Vorname

Hinweis: Durch diese Person wird der Antrag unterzeichnet

*Ansprechperson während der Projektumsetzung*

 

Name Vorname

 

Telefon-Nr. Fax-Nr.



Email-Adresse

*Daten zum Projektkonto*



IBAN



BIC

II. Daten zum Projekt



Anzahl der Beschäftigungsplätze im Projekt

*Projektzeitraum*

 

geplanter Beginn geplantes Ende

*Fördermittel*



beantragte Fördermittel

Ort der Projektdurchführung



Anzahl der Einsatzstellen

 

Straße Haus-Nr.

 

PLZ Ort

Hinweis: Ggf. weitere Orte, an denen das Projekt durchgeführt wird, müssen in einer gesonderten Anlage erfasst werden.

*Kurze Beschreibung des Projektes, einschließlich der auszuführenden Tätigkeiten*



III. Erklärung des Antragstellenden

*Durch den/die Antragstellende/n wird erklärt, dass:*

1. – mit dem Projekt noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird, es sei denn, dass auf Antrag der vorzeitige Projektbeginn genehmigt wurde. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der verbindliche Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Dauerschuldverhältnisse sind davon ausgenommen.

2. – bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die Förderung auf der Grundlage der Nettoausgaben beantragt wird. Ein Antrag auf Umsatzsteuerbefreiung nach §4 Nr. 21 a) bb) UstG wird bei Bedarf gestellt.

3. – die in diesem Antrag (einschließlich seiner Anlagen und aller antragsbegleitender Unterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

4. – die geltenden Fördergrundsätze zur Gewährung der Zuwendung aus dem Förderprogramm, für welches die Antragstellung erfolgt, sowie die sich daraus im Falle der Bewilligung ergebenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen und diese anerkennt werden.

5. – die Einholung und elektronische Erfassung aller projektrelevanten Daten und die Teilnahme am Evaluationsverfahren sichergestellt wird.

6. – für das beantragte Projekt über die in der A-Anlage (Planung der Einnahmen nach Haushaltsjahren) aufgeführten öffentlichen Förderungen und Finanzmittel hinaus von anderer Stelle keine öffentlichen Gelder bewilligt oder beantragt wurden und die dargestellte Kofinanzierung und damit die Gesamtfinanzierung des Vorhabens **durch finanzielle Mittel** gesichert ist.

7. – eine projektbezogene Einzelbelegabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr sichergestellt wird und innerbetriebliche Umlagen nicht ausgewiesen werden.

8. – Kenntnis darüber besteht, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz - SubvG, BGBl. 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind folgende Angaben: die Angaben und Erklärungen zu den Ziffern I, II und III, die Angaben in den Anlagen A1 und A1 sowie in den beizufügenden antragsbegleitenden Unterlagen, die dort als subventionserheblich bezeichnet sind, sowie die Angaben in den gemäß Checkliste beizufügenden Unterlagen.

9. – Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die im Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der vorgangsbearbeitenden Stelle/ Bewilligungsstelle verarbeitet werden und alle Daten an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes Sachsen-Anhalt, und des Bundes übermittelt und von diesen erfasst und verarbeitet werden können. Außerdem ist mir/uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Datenschutzgesetz Land Sachsen-Anhalt), diese Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass ich/wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann/können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

 

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  |  |  |
| Ort |  | Datum |
| Name des/der Unterzeichnenden |  | Rechtsverbindliche Unterschrift/ Stempel |

**Kalkulation für Projektausgaben und –einnahmen**

**AUSGABEN** (in Euro)

Ausgaben gesamt 0,00

**VERTEILUNG DER GESAMTAUSGABEN AUF DIE HAUSHALTSJAHRE** (in Euro)

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Ausgabenposition | SUMME | 2017 | 2018 | 2019 |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
| SUMME | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

**EINNAHMEN** (in Euro)

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
|  | SUMME | 2017 | 2018 | 2019 |
| Eigenmittel öffentlich |  |  |  |  |
| Mittel der BA |  |  |  |  |
| sonstige öffentliche Mittel |  |  |  |  |
| SUMME öffentlicher Mittel | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Fördermittel (Zuwendung des Landkreises / der Stadt) | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| SUMME gesamt | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |